

Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ d. Vereins d. Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen., d. deutsch. Genesfelder Bundes, des Verbandes d. Formstecher, Drucker u. verw. Berufsgen. und der deutschen Vereine d. Auslandes.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Sonnabends. Abonnementspreis: 1 M. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog No. 2573.) Für die Länder des Weltpostvereins M. 1,25.

Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: **Kourab Müller, Tagenditz-Verlag**, Leipzig, wohin alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.

Insertion.

Für die dreispaltige Pettzelle oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinsangelegenheiten 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

Buzug ist fernzubalten für Um-drucker, Andrucker, Maschinen-meister und Lithographen nach Leipzig, sowie für Lithographen in Firma Mamelock & Herde in Breslau.

Der Vorstand.

J. A.: Otto Sillier.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen Deutschlands.

An Stelle des aus dem Vorstand ausgestretenen Belfigers S. Fregevice wurde gewählt: **F. Masfute**, Berlin N., Müllerstraße 12 II.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß bis jetzt von 56 Zahlstellen die Arbeitslosenstatistik von 48 Zahlstellen das Resultat der Urabstimmung eingeholt ist. Wir ersuchen die noch ausstehenden Orte recht schnell uns das Fehlende zuzenden zu wollen. In nächster Nummer der „Gr. Pr.“ werden wir dann die noch fehlenden Zahlstellen namentlich auffordern.

Der Vorstand.

J. A.: Otto Sillier.

Verband der Formstecher, Tapetendrucker und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Der Vorschlag des Vorstandes, die Generalversammlung zu Ostern stattfinden zu lassen, hat die Zustimmung der Zahlstellen erhalten, dieselbe findet somit am ersten und zweiten Osterfeiertage in Hildesheim statt. Wir ersuchen nun die Mitgliedschaften in Versammlungen eventuelle Anträge auf Aenderung der Statuten beraten zu wollen, so daß spätestens 6 Wochen vor Ostern sämtliche Anträge von uns, zu endgültiger Stellungnahme zu denselben, in der „Gr. Pr.“ veröffentlicht werden können und den Zahlstellen dann auch noch genügend Zeit zur Delegiertenwahl bleibt. Besonders ersuchen wir die Kollegen, die Frage der Reiseunterstützung, des Arbeitsnachweises und sonstige Unterstützungsfragen eingehend zu beraten; die erstere Frage ganz besonders, da wir schon jetzt bemerken wollen, daß es auf die Dauer nicht möglich sein wird, die Reiseunterstützung wie bisher an alle Reisende, ob dieselben auf Verschreibung reisen oder nicht, auszugeben. Gerade im letzten Halbjahre haben wir eine Ausgabe an Reiseunterstützung gehabt, welche zu den Einnahmen in gar keinem Verhältnis steht, es ist hierdurch die Unterstützungsfrage die wichtigste geworden, welche uns auf der Generalversammlung beschäftigen muß. Im innigen Zusammenhange mit der Reiseunterstützung steht nun auch unseres Erachtens, die Frage der Nachseilerabend- und Ueberstundenarbeit, ganz besonders die der Formstecher und bitten wir die Kollegen, da wir beabsichtigen diese Frage als einen

besonderen Punkt auf der Tagesordnung zur Besprechung zu bringen, auch hierzu Stellung zu nehmen. Um auch den uns, aus irgend welchen Gründen, noch fernstehenden Gelegenheit zu geben, sich über diesen Punkt zu äußern, wäre es vielleicht angebracht, öffentliche Versammlungen abzuhalten, zum mindesten aber diese Kollegen zu den Mitgliederversammlungen als Gäste einzuladen, da aber, wo dieses von den organisierten Kollegen nicht geschehen kann, ersuchen wir die Kollegen direkt zu der Generalversammlung Stellung zu nehmen, nicht länger thatenlos oder gar feindsüchtig ihren Arbeitsbrüdern gegenüber zu stehen zur großen Genugthuung der Arbeitgeber, denn nur eine kräftige zielbewußte Organisation ist imstande, der oft arglosen Ausbeutung ferner einen Damm entgegen zu setzen. Wir laden daher hiermit alle, auch noch nichtorganisierte Kollegen ein, unsere Generalversammlung durch Delegierte zu beschicken, wir werden denselben, als Gäste, gern beratende Stimmen erteilen und berechtigten Wünschen entgegen kommen. Indem wir nun die Kollegen bitten mit Ruhe und Sachlichkeit an die nötige Arbeit zu gehen, zeichnet
Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Jödecke, Berlin N., Strellitzerstr. 52.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen in Deutschland.

Daß die Einbeziehung der Industriearbeiterinnen in die wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats eine der brennendsten und wichtigsten Aufgaben ist, welche die Gewerkschaftsbewegung zu lösen hat, das weiß jeder, welcher die rasche und starke Zunahme der Frauenarbeit kennt, sowie den Einfluß, den dieselbe auf die Arbeitsbedingungen der Männer ausübt. Und daß die Lösung dieser Aufgabe besonders schwierig ist infolge des Zusammenstößens verschiedenartiger Umstände, darüber kann sich niemand täuschen, der die tatsächlichen Verhältnisse kennt, unter denen die Arbeiterin sich entwickelt, lebt und schafft. Wir begrüßen es deshalb mit besonderer Genugthuung, daß der letzte Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften über den Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1893 im allgemeinen recht lehrreiche Ziffern über die fortschreitende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen enthält.

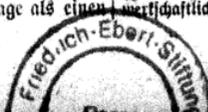
1892 zählten 15 zentralisierte Gewerkschaften 4155 Mitglieder^{*)}, 1893 gehörten 14 solchen Organisationen 5384 Frauen und Mädchen an. Das ergibt für den Verlauf eines Jahres eine Zunahme der in zentralisierten Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen um 1229 oder um etwas über 29 Proz. Bringen wir hiervon die 1893 erstmals aufgeführte organisierten Kürschnerinnen und Holz-^{*) Der Zentralverein der Frauen und Mädchen Deutschlands (Hamburg) ist hier nicht mitgerechnet, weil er keine gewerkschaftlichen Ziele verfolgt, sondern Bildungsverein ist.}

arbeiterinnen (Verband) in Abzug (52 bezw. 80), so ist die weibliche Mitgliedschaft der für 1892 in Betracht gekommenen 15 Gewerkschaften um 1097 oder um über 26 Proz. gewachsen, während ihre Gesamtmitgliedschaft in der nämlichen Zeit um 11 Proz. zunahm.

Wir wissen sehr wohl, daß bei kleinen Zahlen die große prozentuale Zunahme nicht überschätzt werden darf, da sie leichter erreicht werden kann, als ein starkes prozentmäßiges Anschwellen größerer Ziffern. Die kleinere weibliche Mitgliedschaft der fraglichen Gewerkschaften konnte mithin leichter in stärkerem Verhältnis wachsen, als die größere Gesamtmitgliedschaft. Allein in Anbetracht der besonderen Schwierigkeiten, welche bei der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen überwunden werden müssen, scheint es uns doch eine beachtenswertere und ermutigender Erfolg, daß die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in einem Jahre verhältnismäßig so bedeutend gestiegen ist.

Allerdings zeigt das im allgemeinen erfreuliche Bild im einzelnen gar manchen unerquicklichen Zug. Nicht alle in Betracht kommenden Gewerkschaften weisen eine nennenswerte Zunahme, ja auch nur eine Zunahme überhaupt ihrer weiblichen Mitgliedschaft auf. Es fehlt nicht an Organisationen, wo die Zahl der weiblichen Mitglieder fast keine Vermehrung erfahren hat, und in manchen Gewerkschaften ist die weibliche Mitgliedschaft leider sogar zurückgegangen bezw. eingegangen.

Die verwirklichten Fortschritte kommen zum bei weitem größten Teil auf Rechnung der organisierten Tabakarbeiterinnen und Schneiderinnen. Die Zahl der Letzteren ist von 131 auf 353 gestiegen, die der Tabakarbeiterinnen von 2560 auf 3636. Auch die männliche Mitgliedschaft der betreffenden Gewerkschaftsverbände hat im letzten Rechnungsjahre einen bedeutenden Zuwachs erfahren. Wir geben wohl nicht fehl, wenn wir das Wachstum des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen auf Rechnung des Kampfes setzen, den die Berliner Schneider im vorigen Jahre durchgeföhrt haben, und der auch auf weitere Kreise der Kollegenschaft zurückwirkte. Und die Ursache der anschließenden Zunahme des Verbandes der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ist augenscheinlich mit nicht weniger Berechtigung in dem Kampf zu suchen, welchen die Tabakarbeiterchaft behufs Abwehrung der drohenden Tabakfabriksteuer führte. Dafür spricht unter anderem auch der Umstand, daß die männliche und weibliche Mitgliedschaft der Zigarrensortierergewerkschaft gleichfalls nicht unerheblich gestiegen ist. Welchem Charakter der Gewerkschaften als Kampfsorganisationen ist das erklärlich genug. Daß aber neben den Arbeitern der betreffenden Industrien auch die Arbeiterinnen ihr Teil zu den nummernreichen Aufschwung der Organisationen beitragen, zeugt jedenfalls von dem wachsenden Verständnis des weiblichen Industrie-Proletariats, spricht dafür, daß dieses mehr und mehr beginnt, auf besonders kräftige



Organisationsbestrebungen die richtige Antwort zu geben.

Eine stufenweis kleinere Zunahme erfährt die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Buchbinder. Die Zahl der organisierten Plätterinnen (Hamburg) blieb gegen das Vorjahr unverändert auf 100, und der Organisation der Sattler gehörte 1893 wie 1892 ein weibliches Mitglied an. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging dagegen zurück in den Organisationen der Textilarbeiter, Holzarbeiter (Hülfsarbeiter), Schuhmacher und Gold- und Silberarbeiter. Die Bürstenmacher verloren ihre sämtlichen weiblichen Mitglieder (52), die Konditoren und Drechsler gleichfalls, doch war bei diesen beiden schon im Vorjahre die Zahl der weiblichen Mitglieder eine ganz unbedeutende (14 bzw. 1). Bemerkenswert muß außerdem werden, daß auch die Gesamtmitgliedschaft der Organisation der Holzarbeiter (Hülfsarbeiter), Gold- und Silberarbeiter, Konditoren und Drechsler nicht unerheblich gefallen ist. Der Rückgang der weiblichen Mitgliedschaft der betreffenden Gewerkschaften ist also keineswegs ein Beweis für das Fehlschlagen der Bestrebungen, die Frauen in die Organisation einzubeziehen. Er findet vielmehr seine Erklärung jedenfalls durch allgemeine Verhältnisse, welche die Entwicklung jener vier Organisationen ungünstig beeinflussen.

Dagegen muß es befremden, daß die Zahl der organisierten Textilarbeiterinnen von 620 auf 510 gefallen ist, denn dieser Abnahme steht eine nicht unbedeutende Zunahme der männlichen Mitgliedschaft gegenüber. Welches die Ursache dieser auffälligen Erscheinungen ist, vermögen wir insolge der uns leider abgehenden genauen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse nicht zu sagen. Möglich, daß sie ihre Erklärung wenigstens zum Teil findet durch die im Lauf des letzten Jahres zumal in Sachsen beliebte Auflösung von Filialen des Textilarbeiterverbandes. Aber wodurch auch immer die Zahl der organisierten Textilarbeiterinnen zurückgegangen sein mag, die Scharte muß ausgewetzt werden. Gerade in der Textilindustrie spielt bekanntlich die Frauenarbeit die hervorragende Rolle; gerade hier hat sie die Männerarbeit zum großen Teil verdrängt und verdrängt sie täglich mehr; gerade hier übt sie in der Folge einen ganz ausschlaggebenden Einfluß auf die Arbeitsbedingungen der Männer aus, sobald deren Verdienst, sowie derjenige der Arbeiterinnen selbst stets an der Grenze von Hungerlöhnen hinhin und herpendelt. Die gewerkschaftliche Organisation der Textilarbeiterinnen, ihre wirtschaftliche Kampffähigkeit dem Ausbeutertum gegenüber, ist deshalb von höchster Bedeutung für die gesamte Textilarbeiter-schaft. Zielbewußt muß diese im wohlverstandenen eigenen Interesse alle Mittel aufbieten, die Arbeiterinnen in Masse dem Verbanne zuzuführen.

Außer dem im Bericht der Generalkommission aufgeführten zentralisierten Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern weisen auch verschiedene gewerkschaftliche Vorkalorganisationsorgane auf oder bestehen ausschließlich aus Frauen und Mädchen. So z. B. der „Verein der Plätterinnen“ (Berlin), die „Freie Vereinigung der Putz- und Blumenarbeiter und -Arbeiterinnen“ u. v. Wie hoch sich die Zahl der lokalorganisierten Arbeiterinnen beläuft, darüber fehlt uns leider jeder Anhaltspunkt.

Angesichts der oben mitgeteilten Angaben der Generalkommission über die Zahl der organisierten Arbeiterinnen, welche zentralisierten Gewerkschaften angehören, liegt jedenfalls kein Grund vor, von dem Scheitern und der Ausschichtslosigkeit der Bestrebungen für Organisation des weiblichen Industrie-Proletariats zu sprechen. Man darf nicht vergessen, daß die diesbezüglichen Bestrebungen noch verhältnismäßig jung sind, daß die Gewerkschaft oder richtiger die einzelnen Gewerkschaftler vielfach noch die Bedeutung der ihnen in dieser Beziehung obliegenden Aufgabe unterschätzen oder sie nicht planmäßig und anhaltend genug verfolgen, ferner und vor allem, daß durch die Entwicklung und die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen ihre gewerkschaftliche Zusammenfassung äußerst erschwert wird. Zieht man diese Umstände in Betracht, so stellt das bis jetzt Erreichte jedenfalls einen erfolgreichen Anfang dar. Aber auch nichts als den Anfang. Wie klein, wie so gar klein erscheinen die Resultate gegenüber der Größe der hier noch zu lösenden Aufgabe. Was besagen die Tausende

organisierten Arbeiterinnen im Vergleich zu den Hunderttausenden, die in Fabrik und Werkstatt frohnden, und die, des Schutzes einer Organisation ermangelnd, der kapitalistischen Ausbeutung auf Gnade und Ungnade überliefert sind?

Niesiger Kraftanstrengungen, unendlicher Opfer wird es noch seitens der Gewerkschaftsbewegung bedürfnis, bis die große Masse des weiblichen Industrie-Proletariats zielbewußt und energisch in ihren Reihen kämpft. Aber das zu erstrebende Ziel, das unseres Erachtens einzig und allein auf dem Wege der gemischten Organisationen erreicht werden kann, ist der Opfer und Anstrengungen wert. Die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die gewerkschaftlichen Organisationen wird mit der rapiden Ausdehnung der Frauenarbeit immer zu einer unerlässlichen Vorbedingung für erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe des Proletariats. Der Kapitalist beutet den proletarischen Mann und die proletarische Frau gemeinsam und gleich rücksichtslos aus; er muß von beiden gemeinsam und rücksichtslos bekämpft, er wird von beiden gemeinsam und endgültig besiegt werden.

Clara Zetkin.

Die Umsturzvorlage

wird selbst von konservativen Blättern, soweit dieselben sich den Luxus einer eigenen Meinung erlauben dürfen, in ihrer wahren Gestalt erkannt und dementsprechend kommentiert. So schreiben die konservativen „Wrensbotten“:

Die besondere Bedeutung der Umsturzvorlage besteht darin, daß sie, nicht der Meinung der Regierung entsprechend, sondern der Meinung der großen Unternehmer nach, dem Koalitionsrecht der Arbeiter den Garauz machen soll. Zwischen der tatsächlichen und der rechtlichen Stellung unserer Lohnarbeiter besteht ein klaffender Widerspruch; der Verfassung nach sind sie den herrschenden gleichberechtigten Staatsbürger, tatsächlich sind sie deren Knechte, und soweit sie das noch nicht sind, sucht man sie durch polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln dazu zu machen. Der Verfassung nach gilt gleiches Recht für alle, tatsächlich haben die Lohnarbeiter ihr besonderes, ein schlechteres Recht, stellenweise auch gar kein Recht. Dieser klaffende Widerspruch zwischen dem Gesetze, aus dem unser Recht hervorgegangen ist, und dem Gesetze, in dem es angewendet wird, bringt eine Menge Anwendungen des Strafgesetzes und Unterlassungen hervor, die den Eindruck von Rechtsverletzungen machen. Eben weil die herrschenden Klassen das größte Interesse daran haben, dieses Bild der Wirklichkeit zu verschleiern, mußte es mit möglichst fräftigen Strichen gezeichnet werden, und so ist es vielleicht ein wenig übertrieben ausgefallen. Hinter dem Zustande aber, der sich nach Annahme der Vorlage ergeben würde, bleibt es noch weit zurück. Während höchst wahrscheinlich auch dann noch die Agrarier unangefochten bleiben werden, wenn sie in ihren Versammlungen die größten Vorwürfe gegen die Regierung schleudern werden, weil diese auch beim besten Willen kaum imstande sein wird, Wunder zu wirken und höhere Getreidepreise zu erzwingen, als sie die Natur der Dinge mit sich bringt, wird jede Klage der Armen, die wirklich Not leiden, z. B. die Klage von Kleinbauern, denen durch Zwangsablieferung ihrer Fortrechte der Boden ihrer wirtschaftlichen Existenz entzogen wird, als Aufzuehung bestraft werden und während es den Leuten, die über 900000 Mk. Einnahme haben, nach wie vor unbenommen bleiben wird, sich zur Erhöhung ihrer Renten und Dividenden zu koalieren, wird jeder Versuch der Menschen, die weniger als 900 Mk. einnehmen, sich zur Erhöhung des Lohnes, ja auch nur zu einer Sicherung ihrer Existenz zu verbünden, als Aufruhr unterdrückt werden. Sehr viel wird freilich auf den Charakter der Richter ankommen. Weichen sie der Weisheit nach pflichtgetreue Männer, so wird zwar der gegenwärtige Zustand, der schon schlimm genug ist, noch verhältnismäßig abgemildert, aber die Arbeiterbewegung wird damit noch nicht totgemacht werden. Weigert es aber der Regierung, durch Beförderung strebamer Assessoren und Zusammenlegung der Gerichtshöfe den in politischen und Arbeiterprozeßen thätigen Richtern den erforderlichen „politischen Instinkt“ einzufößen, dann wird es ein leichtes sein, alle Organisationen der Arbeiter zu zerschlagen, ihre Preise zu unterdrücken und jede mündliche Ansprache in öffentlichen Versammlungen zu verhindern. Jeder Lohnarbeiter ist dann ohne gesetzlichen und ohne tatsächlichen Schutz seinem Broterwerb auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Gegenwärtig wird in öffentlichen Versammlungen der Fachvereine über die Zustände in den verschiedenen Fabriken und Werkstätten berichtet. Man vernimmt da u. a., wie Fabrikbesitzer A sich täglich das Vergnügen bereitet, beim Waschen und Umkleiden seiner Arbeiterinnen eine Fleckabgabe vorzunehmen, wie in der Fabrik von B der Werkführer die Arbeiterinnen mißbraucht, wie in der von C die jungen Arbeiter gezwungen werden, die Hälfte ihres Lohnes in der Kantine des Werkmeisters zu vertrinken, wie die Arbeiter von D ihr Mittagsgeld bei jedem Wetter im Freien und noch dazu unter stinkenden Häufen schmutziger Materialien einnehmen müssen, in was für Löchern der Bäcker E seine Leute schlafen läßt, wie bei F die Arbeiter beschaffen sind u. s. w. Alle diese Dinge müssen durchsichtlich wahr sein, denn der „Vorwärts“ berichtet darüber mit Nennung der Namen und wird fast nie zu einer Verächtlichmachung gezwungen. Solche Berichte werden nach Annahme der Vorlage unmöglich sein; die Fabriken und

Werkstätten-Paläste werden nach Belieben scholten und wälten können, ohne jemals durch solche Berichte gedrückt zu werden. Außer ihrem schon Einkommen werden sie auch noch den unangenehmen Ruhm der Brümmigkeit und Tugend geizen, und nichts wird sie hindern, sich in den Gemeinde-Rathenrat wählen zu lassen und dort über die Unbilligkeit der arbeitenden Klasse zu klagen. So also liegen die Dinge. Um so dringender ist es not, das Ergebnis zu wiederholen: der gegenwärtige Zustand ist unerträglich; entweder man mache Ernst mit der Gleichberechtigung der Lohnarbeiter, oder man schaffe für sie ein besonderes Hörgenrecht, aber man höre endlich einmal auf, die sittlichen Grundlagen des Staates, das Rechtsbewußtsein des Volkes, seinen geistlichen Sinn und sein Vertrauen zur Obrigkeit durch willkürliche und parteiliche Anwendung der Gesetze zu untergraben!

Ob die Regierung eine besonders wohlwollende Meinung hinsichtlich des Koalitionsrechtes hat, wagen wir zu bezweifeln, denn die ganze Umsturzvorlage beweist das Gegenteil. Interessant ist es aber, daß ein Blatt, welches die bestehende Gesellschaftsordnung als über allen Zweifeln erhaben betrachtet, dennoch in der Anebelung jedes freien Gedankens eine Untergrabung der „sittlichen Grundlagen des Staates, des Rechtsbewußtseins des Volkes“ erblickt.

Das bibliographische Institut

(Wever) in Leipzig kündigte Anfangs Dezember v. J. einer Anzahl dort beschäftigter Schriftsetzer und Buchdrucker (Verbandsmitglieder) ihre Stellen mit der Begründung: es sei Arbeitsmangel vorhanden. Diese Kündigungen und mittlerweile erfolgten Entlassungen haben Anspruch auf das Interesse weiterer Kreise und zwar deswegen, weil die genannte Firma ihre Erzeugnisse zum nicht geringen Teil an die breite Volksmasse, und hier wieder insolge ihrer Neklame in Arbeiterblättern, an die organisierten Arbeiter absetzt; wir lassen deshalb eine Darstellung des Sachverhaltes und zwar nach der „Reform“ hier folgen. Der „Reform“ wird über den Vorfall geschrieben:

„Die Augen der gesamten Buchdruckerschaft und anderer Kreise Leipzigs sind auf die Weltfirma Meyer, Bibliogr. Institut, gerichtet, deren allerwärts gepfeifene Humanität und Arbeiterfreundlichkeit durch ein großes Schlaglicht eine eigenartige Beleuchtung erfährt. Der Thatbestand an und für sich ist ja bekannt, doch sei es gestattet, einige Details zur näheren Charakteristik der erfolgten Massenkündigungen in dieser Offizin zu geben. Diese Kündigungen werden von der Geschäftsleitung und deren Gesetzigkeit auf Arbeitsmangel zurückgeführt, mit welchen Angaben die gelegentliche Äußerung des Seperators Claus allerdings nicht übereinstimmt, der da kurz vor den Kündigungen zu einem der Weitere sagte, „die zur Zeit herrschende Geschäftsflaute könne nicht lange mehr andauern, da in kürzester Frist Arbeiten bestimmt ein treffen würden, und Entlassungen sollten nicht stattfinden, weil der Direktor die eingerichteten Arbeiter begütigen wolle“. Vorübergehende flauere Geschäftsperioden sind in der Seperabteilung des Bibliogr. Instituts übrigens gar nicht selten, doch hat man noch nie deshalb Veranlassung genommen, Entlassungen in dem Maßstabe vorzunehmen, wie das jetzt aus dem Anlaße geschehen. Die nötige Aufklärung hierfür giebt uns die Akzise über die „vereinbarte“ Heberarbeit. Sonnabend, den 1. Dezember, kurz vor Mittag, ließ der Faktor Claus die Sezer zusammenretren, um ihnen die Mitteilung zu machen, „daß vom nächsten Montag ab für den Heiligabend sieben Stunden vorgearbeiten werden müßten“. Von einem Kollegen bei der Gelegenheit im höflichsten Tone darüber interpelliert, ob denn auch genügend Beschäftigung zum Heberarbeiten vorhanden sei, gab er die gewiß bezeichnende und anständige Antwort: „Das geht Sie nicht an!“ Bei der Lohnauszahlung am selben Abend wurde dem schredlichen Verbrecher, der sich eine solch unerhörte Fragestellung bei der „gemeinamen Vereinbarung“ hatte zu schulden kommen lassen, nochmals gründlich der Kopf gewaschen, und ihm dabei bez. des Vorarbeitens von dem Faktor kategorisch erklärt: „Der Chef wünscht es, und wenn dies nicht paßt, kann gehen!“ Wie das Vorarbeiten im Druckersaal „vereinbart“ wurde, ist bekannt. Da nun die Geßellen gegen die Anordnung von Heberstunden nicht einzuwenden haben, wohl jedoch die tarifmäßige Entlohnung derselben beanspruchen können, so jandte das Personal zwei Kollegen zu dem Direktor des Instituts, denselben um die Bezahlung der im Tarif vorgezeichneten Extrazuschädigung für die verlangte Heberarbeit zu eruchen. Infolge der ziemlich anstandslosen und höflichen Gewährung ihrer Forderung glaubten die Geßellen den Zwischenfall erledigt nicht aber so der Direktor, welcher Herr, wie von einem Getreuen der Firma eifrig in der Seperet folportiert wurde, kurz nach den Verhandlungen gesagt haben soll: „Ist beiß es bei mir, Landgraf werde hart, denn haust du meinen Buben, hau ich deinen Buben“. Auch eine Größe zweiter Klasse des Geßellschiffes ließ sich verlauten, „daß welche gekündigt würden, die es am wenigsten erwarteten“. Und richtig, am nächsten Tage erfolgte die Kündigungen in einer Anzahl und Auswahl, welche alle Erwartungen überstiegen; traf doch auch verheiratete und sechs ledige Kollegen das wenig beneidenswerte Los, am „Feste der Liebe“ im Kreise ihrer Angehörigen über die edle Arbeiter-sührer des Weltjahres Meyer nachdenken zu können. Da die Geßelligen nun nicht zu glauben vermochten, daß in der in Rede stehenden Offizin, welche ausschließlich nur für eigenen Verlag arbeitet, innerhalb weniger Tage ein solch starker Arbeitsmangel eintreten konnte um 14 Sezern kündigen zu müssen, da es ferner ihrem sumpfen Arbeiterverbande nicht einleuchten wollte, daß sie bei „Arbeitsmangel“ für einen Tag vorarbeiten sollten, an dem sie gar nicht mehr im Geschäft seien, so teilten sie ihr Mißgeschick selbstverständlich der Kollegenschaft mit,

wodurch es verdienstermaßen vor das Forum der letzten Versammlung sowohl als in die Leber-Vollstz. kam. Dies hatte nun die erlebte „Enttätungsversammlung“ zur Folge, in der im Beisein der gesamten „Beamten“ des Seper- und Druckerlaals die famole Reinigungsresolution angenommen wurde. Bei der Debatte konnte sich der Faktor Claus nicht enthalten, freundschaftlich zu konstatieren, daß niemand gekündigt worden wäre, der sich mit den vorhandenen Umständen im Geschäft zufrieden gezeigt hätte. Ebenso kühllich war das Zugeständnis des treuestens Paladins der Geschäftsleitung, des Seper-Schwager, der da zweimal erklärte, „wegen der Forderung von 18 Pf. Aufschlag für die Leberstunden sei niemand gekündigt worden, vielmehr wäre dies nur deshalb geschehen, weil die Gehilfen sich in dieser Angelegenheit unter Uebergehung der Geschäftsleitung an den Bezirksvorstand gewandt hätten“. Beachtenswert ist hierbei, daß diese Keuerung von keinem der anwesenden Kollegen im geringsten widersprochen wurde. Bergegenwärtigt man sich nun noch die Worte des Faktors Claus zu einem der gekündigten Kollegen, der vor Ablauf der Kündigungsfrist in ein andere Kondition trat: „Sie konnten nach den Feiertagen wieder nachfragen, gegen Sie liegt nichts vor“, daß ferner bei einem jungen, unversehrten Gehilfen, der natürlich die Resolutionsunterschriften hat, die Nichtveränderung ist, die Kündigung zurückgenommen wurde, so ist wohl der Beweis erbracht, daß man bei den erfolgten Entlassungen im Vblslog. Institut den „Arbeitsmangel“ vorkügte, um die bräute Maßregelung der Gehilfen, welche den Mut besäßen, entgegen den selbstherrlichen Bestimmungen der Geschäftsleitung für die Aufrechterhaltung des Tarifs einzutreten, zu demüteln.“

„Daß der arbeiterfreundliche Ruf der Firma durch solche Vorkommnisse einen gewaltigen Stoß erleidet, ist zweifellos, insbesondere werden sich die Redaktionen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterblätter etwas weniger entgegenkommend bei der Annahme von Inzeratenaufträgen für genannte Firma zeigen.“

Korrespondenzen.

Berlin. Die Mitglieder des Verbands der Formstecher, Drucker und Berufsgehilfen hielten am 16. Dez. ihre Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Wichtige Verbandsangelegenheiten; 2. Ersatzwahl zum Zentralvorstand; 3. Bericht des Vorstandes über den ersten Teil der Arbeit des Jahres, worin mitgeteilt wurde, daß die Wahl eines neuen Ausschusses vorzunehmen sei, weil durch das unvollständige Verhalten der Vorjahrigen Kollegen niemand von den überlebenden Mitgliedern bereit ist, ein Amt zu übernehmen. Zugleich wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß zu stimmen, daß die Generalversammlung schon im Frühjahr (Ostern) stattfindet und man sich bis dahin ohne Ausschuss behelfen solle. Die Versammlung unterwarf diese Vorschläge und beschloß dementsprechend. Bei der Ersatzwahl zum Zentralvorstand, wo der erste Schriftführerposten vakant war, wurde Kollege Degenhardt, ferner zweiter Schriftführer, gewählt und an dessen Stelle Kollege Formajon. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Bericht des Vorstandes“ sprachen einige Mitglieder über die Reizeunterstützung, bei welcher sich eine allgemeine Skalamität herausgebildet hat, so daß in diesem Jahre

verschiedene Zahlstellen einen Zuschuß haben mußten. Kollege Wastopf betonte, daß im allgemeinen bei der Anordnung der Reizeunterstützung ein großer Fehler gemacht wird, indem dieselbe vielfach unbillig bezahlt würde. Umrecht darauf haben nur solche Mitglieder, welche den Arbeitsnachweis beizugeben, was aber sehr oft nicht der Fall sei. Nach Erledigung dieser Debatte wurde der Vorschlag gemacht, einen Maschinenabzug zu beschließen, einen solchen stattfinden zu lassen, wenn sich im Zentrum Berlins ein geeigneter Saal findet.

Harburg. Bei der am 22. Dezember v. J. stattgefundenen Versammlung der Mitglieder des Verbands der Formstecher, Drucker u. s. w., fanden folgende Punkte zur Tagesordnung: 1. Bericht des Protokolls der letzten Versammlung; 2. Wahl eines Schriftführers; 3. Die Leberarbeit; 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Der dritte Punkt der Tagesordnung: die Leberarbeit rief eine lebhafteste Debatte hervor, in deren Verlauf der Vorsitzende bedauerte, daß zu dieser wichtigen Frage die Kollegen nicht alle erschienen seien; trotzdem man dieselbe wegen zu schlechten Wetters schon einmal vertagen mußte. Kollege Lohmer bemerkte, daß es wohl hauptsächlich dieser Punkt sei, welcher die Abwesenenden von der Versammlung zurückgehalten habe, indem sie sich fürchteten, sich über die Sache auszusprechen, später aber auch an die eventuell gefassten Beschlüsse sich nicht binden würden. Unter diesen Umständen sei es auch für die hiesige Zahlstelle noch nicht ratsam, Schritte gegen die Leberarbeit zu machen; nur ein geschicktes Vorgehen könne von Erfolg gekrönt sein. Die Ausführungen des Kollegen Schmitz gingen dahin, zuerst die Hausarbeit zu befeitigen, dann könne man auch weitere Schritte unternehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Uneinigkeit unter den hiesigen Kollegen verhindert es einstweilen, geeignete Schritte zur Beilegung dieses Uebelstandes am Plage zu thun. Die Zahlstelle Harburg erachtet es für vorteilhaft, die Frage der Leberarbeit auf dem nächsten Kongress zu verhandeln um für alle Verbandsmitglieder bindende Beschlüsse zu erzielen.“

Unter „Verschiedenes“ stellte der Delegierte zum Gewerkschaftsamt die Frage, wie sich die hiesige Zahlstelle der Formstecher, Drucker u. s. w. zum nächstjährigen Gewerkschaftsfest verhalten würde. Die Versammlung beschloß, sich vollständig an dem Feste zu beteiligen. — Der Vorschlag des Zentralvorstandes, die nächste Generalversammlung zu Ostern abzuhalten und die Neuwahl des Ausschusses bis dahin zu verschieben, wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten erfolgte der Schluss der Versammlung um 11 Uhr. G. H.

Verschiedenes.

Herr John Pader, lithographische Anstalt in Hamburg, sendet uns durch einen Rechtsanwalt folgende Verurteilung: „1. Es ist nicht wahr, daß bei der Firma John Pader, über welche Sie in Ihrer Nr. 49 vom 8. Dezember 1894 unter der Ueberschrift „Musteranklagen“ berichtet haben, für die Verletzung der dort besprochenen Stellung in den letzten zwei Jahren 46 Mann nötig gewesen sind, welche nach der Reihe angestellt und nach 4-6 Wochen wieder gekündigt worden sind. In der betreffenden Stellung sind vielmehr thätig gewesen: 1. Julius Feinmann, vom

12. 12. 91 bis 11. 8. 94; 2. Fern. Pfen, vom 16. 1. 92 bis 19. 11. 92; 3. Anton Böhme, v. 21. 11. 92 bis 19. 8. 94; 4. Albert Wiedert, v. 26. 10. 91 bis 25. 1. 94; 5. Heinrich Langefeld, v. 3. 4. 94 bis 21. 7. 94; 6. Albert Knab, v. 18. 4. 94 bis 5. 5. 94; 7. Fritz John, v. 26. 7. 94 bis 6. 10. 94; 8. Emil Eichbaum, v. 2. 10. 94 bis 1. 12. 94. Die beiden letztgenannten Arbeiter haben ihre Stellungen schon nach so kurzer Zeit verlassen müssen, weil sie nicht imstande gewesen sind, die ihnen aufgetragenen Arbeiten zur Zufriedenheit auszuführen.“ — Der Einsender der in Rede stehenden Korrespondenz wird nicht verhehlen, den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen anzutreten oder aber der Wahrheit die Gerechtigkeit zu geben.

Leber die lithographische Anstalt und Steinbruderei von Ernst Jenner in Delsnis. I. V. schreibt uns Kollege J., daß er mit der Zustimmung auf Lebenszeit und 24 Mk. Wochenlohn von J. engagiert sei, aber nachdem er die Druckerei eingerichtet und seine Familie von Wurzeln habe nachkommen lassen, gekündigt bekommen mit der Begründung, daß Lithographen sowohl wie Drucker für 12-15 Mk. massenhaft zu haben seien. Für Leberstunden bis 10 Uhr abends, sowie Sonntagsarbeit, bisweilen den ganzen Tag, hat Kollege J. seinen Pfenig erhalten, jedoch sich dessen tatsächlicher Lohn auf bedeutend weniger wie 24 Mk. belaufen hat. St. sitzt nun mittellos mit Familie in Delsnis, während an seiner Stelle der Steinbruder R. Seidel aus Lengsfeld für 15 Mk. arbeitet. Ein Lithograph, Wölfling aus Goltz, arbeitet für wöchentlich 12 Mk.

Die Lithographen Max Michael Hübichmann, Buchnummer 4703 und Jean Conrad Blunth, Buchnummer 6948, haben Leipzig mit Hinterlassung von Verpfichtungen verlassen. Es wird gebeten die Adressen beider Vorgenannten an den Vertrauensmann Leipzig einzuliefern.

Nach achtmonatlicher Dauer hat der Boykott aber die den Ring angehenden Berliner Brauereien mit einem Siege der Arbeiter beendet. Leber zwei Millionen Mark kostet den Brauereibesitzern der von ihnen selbst herausgebrachte Kampf mit dem doppelten Zweck die Organisation der Brauereiarbeiter zu zerstören und die kleinen Brauereien zu vernichten.

Pittarisches.

Der Hochverratsprozess wider Siebnecht, Bebel, Heyner vor dem Schwurgerichte zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Siebnecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 15 u. 16. Lieferung. S. 673 bis 768. 8°. Preis 20 Pf.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober. Preis 25 Pf. Berlin 1894. Verlag des „Vorwärts“. 100 S. gr. 8°.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Die Nr. 48 vom 27. Dezember hat folgenden Inhalt: Wochenschau. „Interessen“ und „Gebote“. — Der Kampf um die Londoner Volksschule. II. — Parteiangelegenheiten. — Die gekündigten Prelland-Expeditionen. — Die deutschen Arbeiter-Assoziationen. II. — Einfluß der Krisen und der Steigerung

Berliner Kunst.

(Das alte Museum. — Der neue Rembrandt. — Ausstellung graphischer Werke.)

Wer einmal Gelegenheit genommen, an einem Wochentage dem Berliner Museum einen Besuch abzustatten, der konnte das Vergnügen haben, durch weite, helle Säle zu spazieren, in denen, außer den gelangweilt aussehenden Dienern, nur einige Fremde die Kunstschätze betrachteten. Allerdings gehört auch ein tiefes, ernsthaftes Interesse dazu, um die dort angehäuften Kunstschätze auch nur räumlich eintzermalen zu übersehen.

Die Berliner Gemädegalerie ist unter allen größeren Gallerien die jüngste. Erst im Jahre 1815 wurde beschieden damit begonnen. Diesem späten Anfang ist es auch zuzuschreiben, daß die Berliner Galerie von den weltberühmten Werken großer Meister nur wenige Stücke aufweisen kann. Die älteren Museen in Madrid, Rom, Paris, Dresden und andere hatten diese Kunstwerke schon in Besitz genommen, so daß das Berliner Museum es sich als seine Aufgabe stellen mußte, den Mangel an großen Werken durch eine um so größere Vollständigkeit aller Schulen auszugleichen. Und in der That, was die lückenlose Vollständigkeit aller historischen Schulen anbelangt, so steht das Berliner Museum einzig da. Ein Mangel war nur, die schwere Ueberfülltheit. Obgleich schon vor ca. 10 Jahren, bei Gelegenheit des Umbaus, eine leidlich übersichtliche Einteilung in 2 Hauptgruppen, romanische und germanische Schulen, vorgenommen wurde, so genügte diese doch nicht vollständig, um Ordnung in dem Chaos zu schaffen.

In letzter Zeit hat nun Direktor Vobe eine neue Gruppierung der Kunstschätze vorgenommen und indem er die einzelnen Richtungen und Schulen genau sonderte, hat er namentlich den alten deutschen

Meistern, die im ersten Hauptsaal Platz gefunden haben, zu voller Geltung verholfen. Ebenso sind auch die äußerst interessanten Gemälde der altmediterranen Schule, welche uns die ersten Proben der Entwicklung der Tafelmalerie mittels Oelfarben giebt, im zweiten Hauptsaal und den Nebenzimmern placiert.

Trotz dieser so wichtigen Neuierung, in der Einteilung der Gemälde, konnte man doch nicht behaupten, daß sich die Zahl der Besucher besonders vermehrt hätte. Eine Ausnahme bildeten nur die Sonntage, an denen es den Arbeitern möglich ist, die Museen zu besuchen. An den Wochentagen stellten immer noch Fremde und Mädchenpensionate die größte Zahl der Besucher.

Das ist nun in den letzten Wochen anders geworden. Die Räume des Museums, besonders die Säle, in denen die Bilder Rembrandts hängen, sind außerordentlich besucht. Es ist ein ständiges Kommen und Gehen.

Sonderbar, sollte unser honettes Bürgertum mit einem Male ein so tiefes Interesse für die Kunst bekommen haben? O nein! Es ist bloße Neugierde, welche die Damen und Herren unserer Bourgeoisie herrreibt. Die ausgestellten Kunstwerke werden gar nicht beachtet, alles erkundigt sich bei den Dienern, wo denn die „neue Werbung“ hängt! Sie werden von den Dienern nach dem Kabinett gewiesen, in dem der neuworbene Rembrandt aufgestellt gefunden hat. Da stehen sie nun beisammen und mustern mit ehrfürchtigen Blicken das Bild, das soviel Geld gelöst hat. Man lobt das Geschick und die Ausdauer des Direktors Vobe, der es fertig gebracht hat, den Engländern, denen der Preis zu hoch war, das Bild zu entführen. Für die Mehrzahl der Besucher ist es nur der hohe Preis, der dem Bilde Wert verleiht und deshalb geben sie sich den Anstrich, als verständen sie wunder

wieviel von der Kunst, während sie in Wirklichkeit nur die Redensarten wiederfanden, die sie tags vorher in ihrem Velborgan über dies Bild gelesen haben.

Allerdings ist das neuworbene Rembrandt'sche Bild ein bedeutendes Werk aus der reifen Schaffensperiode des großen Niederländers, aber der Preis, der in erster Linie durch den antiquarischen Wert des Bildes bestimmt wurde, steht doch in keinem Verhältnis zu der Erwerbung. 200 000 Mk. sollen dafür gezahlt worden sein, und wenn man bedenkt, daß der preussische Staat immer in erster Reihe Geld für den Militärschatz, nicht aber für kulturvolle Zwecke übrig hatte, so kann man die Empörung unserer jüngeren Künstler wohl verstehen. Für die alten patentierten Hofmaler, für sie sind wohl noch große Aufträge vorhanden, für die jungen, aufstrebenden Talente jedoch nicht. So ergeben sie nun ihre Stimme und klagen den Staat an, daß er für ein altes Bild eine derartig hohe Summe auslegt und für sie nichts übrig läßt. Nun die frommen Wünsche unserer modernen Künstler werden so lange nicht auf Erfüllung rechnen können, als diese noch immer nach oben schielen und von dort Guld und Gnade erwarten.

Einen Remmoniten-Prediger, mit Namen Cornelius Austo, stellt die Neuwerbung des alten Museums dar, der zu einer Frau im dunklen Gewande spricht. „Der Remmoniten-Prediger Austo spricht einer Witwe Trost zu“, lautet die offizielle Angabe. Der dicke wohlgenährte Prediger mit dem durchaus nicht salbungsvollem Gesicht sieht allerdings nicht so aus, als ob er trostreiche Worte an die neben ihm sitzende Frau richtete. Diese macht auch gar nicht den Eindruck einer Trostbedürftigen. Das Bild ist in dem bekannten Halbtonel gehalten, das eine Eigentümlichkeit aller Rembrandt'schen Bilder ist. (Schluß folgt.)

